

Mitteilungen Monatsversammlung September 2020 vom Präsident

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Die Rechnung des Sektionskassiers Markus Zeugin ist von der GPK geprüft und gutgeheissen worden. Sie wird allerdings auch noch vom Zentralkassier Dieter Bolliger nachgeprüft da die Sektion ja kein eigenständiger Verein mehr ist. Die Rechnung schliesst mit einem Überschuss von Fr. 14'000.- ab. Dies allerdings nur dank eines guten Börsenjahres. Das Budget 2020 sieht ein Defizit von Fr. 19'000.- vor. Es kommt halt immer darauf an welche Kosten vom Ausgleichsfond übernommen werden.

Die verschobene Jahresversammlung findet am 03. Oktober statt.

Es gibt 3 Personen welche sich für eine Arbeit im Sektionsvorstand interessieren und zwar von allen 3 Sektoren. Hoffentlich bleibt es nicht nur beim Interesse. Es wäre wichtig, dass die Sektoren 2 und 3 auch wieder im Vorstand vertreten sind.

Die Mitarbeitenden welche vom Briefzentrum Basel nach Härkingen wechseln mussten bleiben weiterhin Mitglied von unserer Sektion; ausser sie wünschen einen Wechsel in die Sektion Olten/Solothurn.

Der GAV Post ist inzwischen abgeschlossen und wurde im letzten Standpunkt vorgestellt. Was dabei ziemlich sensationell ist, ist das bei den Lohnverhandlungen in Zukunft auch die Krankenkassenprämien berücksichtigt werden. Forderung diese bei der Teuerung zu berücksichtigen werden ja immer abgelehnt. Jetzt hoffen wir die AHV macht das auch. Bei den Pensionskassen ist die Hoffnung wohl vergebens. Die Treueprämie ab 20 Dienstjahren wird verdoppelt, ist aber immer noch nur die Hälfte gegenüber früheren Zeiten.

Der GAV PostFinance ist ebenfalls ratifiziert.

Die MA von NoTime erhalten ab 01. Oktober 2020 einen GAV.

Am 22. Juli 2020, hat der Postkonzern einseitig die Verhandlungen zum GAV PostAuto abgebrochen und die gesamte syndicom-Verhandlungsdelegation in Frage gestellt hatte. Dabei ist syndicom auf das letzte Angebot von PostAuto zugegangen. Die Frage, wie syndicom auf diese Blockade reagieren soll, wollte die Verhandlungsdelegation nicht allein fällen, weshalb sie die geplante Delegiertenversammlung (DV) abwartete. Folgendes haben die anwesenden Delegierten entschieden.

PostAuto wird ultimativ aufgefordert, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Ein Neubeginn ist keine Option.

Die Verhandlungsdelegation wird nicht ausgewechselt. Sie hat das volle Vertrauen der Delegierten und der Sektor Leitung.

Das Verhandlungsmandat bleibt bestehen. Es sollen alle Problemfelder gelöst oder ein Weg zur Lösungsfindung definiert werden.

Die Sektor Leitung soll bei der Geschäftsleitung syndicom die Öffnung des Kampffonds beantragen.

Die Verhandlungsdelegation und der Vorstand werden beauftragt, einen Kampagnenplan zu entwerfen, Aktionen zu planen und diese umzusetzen, falls der Postkonzern die Verhandlungen weiter blockiert.

Vor zwei Jahren hatten die PostAuto-Mitarbeitenden genug. Sie akzeptierten keine Gratisarbeit mehr, forderten die richtige Abrechnung der Spesen und Wegzeiten oder protestierten gegen den Druck bei der Arbeit. Das ging so weit, dass der damalige Leiter Thomas Bauer im September 2018 öffentlich im Blick «Sorry» sagte und

versprach, die Probleme zu lösen. Zwei Jahre später scheint der Wille seitens der Post nicht mehr da zu sein. Mit dem Abbruch der GAV-Verhandlungen gefährdet der Postkonzern die Sozialpartnerschaft. Der versprochene Kulturwandel hat, so scheint es, nicht stattgefunden.

Nach dem Kanton Jura will nun auch der Kanton Wallis eine Neuvergabe der Postautolinien prüfen. Im Kanton Jura hat ja Postauto die Ausschreibung zum Glück dann noch gewonnen. So konnte ein Lohndumping vermieden werden.

Syndicom hat sich dafür eingesetzt, dass allen MA welche im Einsatz waren ein Corona-Bonus ausbezahlt wird.

Roberto Cirillo hat die neue Strategie der Post vorgestellt. PostMail und PostLogistics sollen wieder unter das gleiche Dach kommen, oder es etwas weniger Respektvoll ausgedrückt: Es wird endlich eingesehen das das Trennen der Geschäftsbereiche nicht viel, bis nichts gebracht hat, ausser natürlich hohe Kosten.

Der Basler Gewerkschaftsbund möchte das Lokal von syndicom im Gewerkschaftshaus übernehmen. Er sieht, dass es oft leer steht und vor allem nur am Mittwoch benutzt wird. Der Sektionsvorstand ist einstimmig dagegen, dass syndicom diesen Raum abgibt sonst haben wir gar nichts mehr in Basel. Ausserdem haben wir das Lokal an der Lindenhofstrasse zugunsten dieses Lokals aufgegeben. Fraglich wäre dann auch ob wir den Keller noch benutzen könnten in dem wir unser Material vom Basel 2 hin zügeln wollen. Unterdessen hat der BGB von der UNIA ein Zimmer zur Verfügung gestellt bekommen.

Toya Krummenacher hat ihren Rücktritt als Präsidentin des BGB bekannt gegeben. Der neue Präsident Benjamin Plüss ist ein Mitglied von syndicom.

Der 1.Mai hat auch online Kosten verursacht. Es war auf jeden Fall nicht günstiger als eine Demo.

Corrado Pardini UNIA ist bekanntlich als Vertreter von syndicom in den Verwaltungsrat der Post gewählt worden. Nach Einschätzung von IG Pensionierten Präsident Thomas Burger ist die Wahl von Corrado Pardini ein guter Entscheid. Er hat eine gute Beziehung zur Post und zur Postgewerkschaft ist er auch gut vernetzt.

Sektor 2 Telecom

Die infolge Corona verschobene Generalversammlung der Pensionierten des Sektor 2 findet am Dienstag 14. Oktober statt. Für einmal ohne Gäste.

Daniel Hügli wird als Nachfolger von Giorgio Pardini als Leiter Sektor 2 vorgeschlagen, wenn dieser in den Ruhestand geht.

Sektor 3 Medien

Keine Informationen erhalten / bekannt.

IG Pensionierte

Innerhalb der IG Pensionierte sind verschiedene Arbeitsgruppen gebildet worden. Die Steuerungs- oder Initialgruppe besteht im Moment aus 13 Mitglieder aus allen 3 Sektoren. Es geht darum Pensionierte welche sich weiterhin in der Gewerkschaft einbringen möchten zu finden und sie den Fähigkeiten entsprechen ein zu setzen. Es wird auch ein Prozess entwickelt, bei dem jedes Mitglied via Internet Vorschläge und Ideen einbringen kann. Eine Steuerungsgruppe wird diese Vorschläge beurteilen und dann a) ihr Okay geben, b) nähere Abklärungen verlangen bzw. machen oder c) den Vorschlag mit einer Begründung ablehnen.

Es wird auch mit einer Arbeitsgruppe zum Thema Digitalisierung gestartet. Zuerst geht es darum zu überlegen, wie das Thema angegangen werden soll. Bei der Digitalisierung geht es immer auch um den Datenschutz zum Beispiel beim Patientendossier. Wer hat Zugriff darauf? Wollen wir eine digitale Gruppe für Selbsthilfe bilden? Wie kann ich einen QR-Code lesen?

Die Pensionierungsberatung von syndicom, welche zurzeit nur vom Sektor 2 angeboten wird, wird rege benutzt. Die Beratungen erfolgen durch 3 Pensionierte und 2 Aktive. Bei Swisscom wurden über 350 solche Beratungen durchgeführt. Die Post ist ebenfalls interessiert und bereit, sich finanziell daran zu beteiligen. Bis jetzt hat die Post solche Beratungen selber durchgeführt, sie möchte diese aber aufheben.

Die Bearbeitung von Austritten und Bindungsgesprächen durch Mitglieder der Organisation plus läuft sehr gut. Die Fälle werden sehr schnell bearbeitet und die Erfolgsquote ist höher als vorher. Auch da helfen die Pensionierten aktiv mit. Beide Vorhaben sind eine Erfolgsstory unter aktiver Beteiligung von Pensionierten. Die sich dafür Einsetzenden erhalten 10 Franken pro Fall. Die Erfolgsquote lag gemäss Franz Schori im Mai bei 10%. Das heisst die Angerufenen bleiben bei *syndicom*; das ist ein viermal grösserer Erfolg als bisher bei den Callcentern. Die Fälle werden von den Kolleginnen und Kollegen immer sofort bearbeitet. Dieser Erfolg soll auch kommunikativ bekannt gemacht werden.

Die Arbeitsgruppe Sozialpolitik hat sich unterdessen auch gebildet. Es ist im Moment allerdings noch eine kleine Gruppe von 4 Personen. Sie erarbeitet die Grundlagen zu Handen der Retraite vom Oktober in Basel. Ebenfalls steht eine nationale Tagung der Pensionierten zu diesem Thema zur Diskussion. Infolge Corona wird diese aber sicher erst im nächsten Jahr stattfinden.

Was macht die IG Pensionierte für jüngere Pensionierte attraktiv? Auch dazu hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet. Bis jetzt hat aber noch keine Sitzung stattgefunden.

Das Internet ist in der heutigen Zeit auch für Pensionierte ein akzeptierter und guter Kommunikationskanal geworden. Dementsprechend soll auch die Homepage der IG Pensionierte erneuert und modernisiert werden. Die Rückmeldungen nach der Suche von zusätzlichen Redaktionsmitgliedern für die Homepage sind gut: Ihr Interesse haben 25 Personen aus der Deutschschweiz und 5 aus der Romandie angemeldet.

Das Herzstück des Umbaus ist die regionale Verankerung, die übersichtlich strukturiert wird, auch im Hinblick auf die regionalen Veranstaltungen. Die regionale Verankerung soll in fünf Regionen aufgeteilt werden. Beiträge können aber auch für mehrere Regionen angezeigt werden.

Politik allgemein

Avenir Swiss macht den Vorschlag, dass in Zukunft die Briefpost nur noch jeden zweiten Tag zugestellt wird. Eine Zustellung am nächsten Tag soll möglich sein, dazu wird dann aber ein Zuschlag erhoben. Zum Glück werden Vorschläge von Avenir Swiss selten verwirklicht, aber ein bestimmter Druck entsteht natürlich trotzdem.

Der Bundesrat hat einen unbrauchbaren Gegenvorschlag zur Prämientlastungsinitiative bei der Krankenkasse beschlossen. Dabei sind die unteren und mittleren Einkommen von der Corona-Krise am härtesten von Einkommensverlusten betroffen. Höhere Prämienverbilligungen können diese Betroffene wirksam entlasten. Dass der Bundesrat die Dringlichkeit von dieser Entlastungsinitiative mit einem Vorschlag bekämpfen, der kaum über geltendes Recht hinausgeht, ist eine Trickserei – das Parlament muss das nun dringend korrigieren.

Noch Mitte Neunzigerjahre legte der Bundesrat fest, dass die zukünftige Belastung der Haushalte durch Krankenkassenprämien höchstens 8 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen dürfe. Heute ist diese Belastung für viele Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen auf das Dreifache gestiegen – und dennoch lehnt der Bundesrat das in der Prämientlastungs-Initiative geforderte, weit mildere Sozialziel ab.

Alleine seit dem Jahr 2000 hat die Prämienbelastung der Haushalte real um 75% zugenommen. Dies nicht nur wegen der steigenden Prämien (+120%), sondern ebenso aufgrund der sinkenden Bedeutung der Prämienverbilligungen: Im Jahr 2000 kamen diese für 12% der Gesundheitskosten auf, heute sind es nicht einmal mehr 6%. Zu verantworten haben dies insbesondere die Kantone, welche mit ihren vielen unsozialen Sparpaketen zum Teil sogar die gesetzlichen Mindestvorgaben gebrochen haben. Ausnahme: Die Rot-Grüne Regierung in Basel-Stadt welche die Prämienverbilligung immer den Kosten angepasst hat.

Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Krise mit ihren schmerzhaften Lohneinbussen sind höhere Prämienverbilligungen zwingend notwendig. Denn diese stützen direkt die Kaufkraft der Haushalte mit tiefen Einkommen. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund hat eine soziale Finanzierung des Gesundheitswesens durch die Corona-Krise daher noch stark an Dringlichkeit gewonnen. Das Parlament muss nun nachbessern und sich für die Prämientlastungs-Initiative aussprechen.

Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Waadtländer Nationalrat Pierre-Yves Maillard wurde an der Delegiertenversammlung von Ende Mai zum Präsidenten des gewerkschaftlichen Bildungsinstituts Movendo gewählt. Er übernimmt die Nachfolge von Corinne Schärer.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund kämpft seit einigen Jahren dafür, dass Arbeitnehmende, die ein Leben lang gearbeitet haben, bei einem Stellenverlust vor der Pensionierung nicht in der Sozialhilfe landen. Die Einführung der Überbrückungsleistung durch das Parlament ist daher zu begrüßen, obwohl die Leistungshöhe vom Parlament gekürzt wurde. Die neue soziale Abfederung von Ausgesteuerten löst nicht alle Probleme, für die Betroffenen ist sie aber ein echter Fortschritt und eine Bekräftigung des Parlaments, sozialpartnerschaftlich-lösungsorientierte Kompromisse zu unterstützen.

Für ältere Arbeitslose, die trotz unzähligen Bewerbungen keine Stelle gefunden haben, geht es nach der Aussteuerung finanziell bergab. Irgendwann führt kein Weg mehr an der Sozialhilfe vorbei. Dort kann es aber sein, dass die Betroffenen zuerst einen Teil ihres Altersvorsorgeguthabens aufbrauchen müssen, bevor sie Unterstützung erhalten. Und dies, nachdem sie zuvor bereits fast ihr gesamtes Vermögen aufbrauchen mussten. So ist der Weg in die Ergänzungsleistungen im Rentenalter vorprogrammiert. Das ist nicht akzeptabel.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, braucht am Ende des Erwerbslebens eine bessere, anständige soziale Absicherung. Und genau dafür haben die Sozialpartner und der Bundesrat die Überbrückungsleistung auf den Weg gebracht. Die ÜL ist ein erster, konkreter Schritt. Umso wichtiger ist es, dass die Vorlage nun vom Bundesrat rasch in Kraft gesetzt wird.

Leider hat ein Teil der SVP das Referendum ergriffen. Falls es zustande kommt kann die Überbrückungsrente nicht wie geplant auf den 01. Januar 2021 in Kraft treten. Anscheinend missgönnt die SVP der arbeitenden Bevölkerung sogar diese vor allem vom Ständerat stark abgeschwächte Reform. Wenn es aber darum geht Steuererleichterungen oder was auch immer für Millionäre durchzusetzen dafür ist sie immer zu haben. Nach dem Motto Steuersenkungen sind gut, Ausgleichszahlungen wie Prämienverbilligungen oder Rentenerhöhungen sind des Teufels. Oder was den Reichen nützt, ist gut, was den weniger Begüterten zusteht, ist schlecht. Gibt es wirklich noch Lohnempfangende oder Rentner*innen welche SVP wählen? So nach dem Motto dumme Kälber wählen ihre Metzger selber?

Infolge Corona ist das Unterschriften sammeln sicher nicht einfacher geworden. Das trifft auch auf die Initiative für eine 13. AHV-Rente zu. Es ist deshalb wichtig, dass möglichst viele Unterschriften im persönlichen Umfeld gesammelt werden. Je tiefer der Umwandlungssatz bei den Renten wird umso wichtiger wird die AHV. Das gilt gerade auch für Personen, welche jetzt im Arbeitsleben stehen und besonders vom immer schlechter werdenden Umwandlungssatz betroffen sind. Die oft genannte Umverteilung von Jung zu Alt ist hier nicht angebracht, sondern sogar falsch. Die AHV wird bekanntlich nicht nur durch den Lohnabzug finanziert, sondern auch noch von der Tabaksteuer, Mehrwertsteuer etc. Bei der AHV kann die Bevölkerung durch Initiativen, Referenden etc. politisch mitbestimmen. Bei den Renten ist sie voll auf die Finanzmärkte angewiesen. Dies kann nur in Phasen von hochprofitablen Finanzmärkten funktionieren. Diese Phasen dürften für längere Zeit vorbei sein. Allein in den letzten fünf Jahren ist der Mittelwert der monatlichen Renten der zweiten Säule um mehr als Fr. 600.- gesunken. Das Argument, dass immer weniger Junge für mehr Alte aufkommen müssen ist etwas fadenscheinig. Massgebend für die Belastung der wirtschaftlich aktiven Generation ist die Gesamtzahl aller Menschen, für die sie materiell aufkommen muss. Die Ausgaben für Kinder und Jugendliche in der Ausbildung sind viel höher als für die alte Generation. Was natürlich auch absolut richtig ist und nicht gegeneinander ausgespielt werden darf. Man darf einfach die Relationen der Belastung nicht aus den Augen verlieren. Sie mag in den nächsten Jahren eventuell leicht ansteigen, eine untragbare Last wird sich aber daraus nicht ergeben.

Die Volksinitiative gegen eine weitere Umverteilung in der zweiten Säule ist gescheitert. Die Initianten des Begehrens «Vorsorge ja, aber fair» aus dem rechtsbürgerlichen Lager haben die Unterschriftensammlung vorzeitig abgebrochen. Dem Initiativkomitee gehörten Bundesparlamentarier von SVP und FDP an

Hans Preisig